

Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume

Agrarpolitische Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion
am 12. September 2006 in Berlin



>>> dokumente

Nr. 01/07



Herausgeberin:

Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin
Redaktion: Renate Watermann, Stefanie Freitag
Satz & Layout: Bernd Sachse
Platz der Republik, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-5 71 33
Telefax (0 30) 2 27-5 68 00
www.spdfraktion.de

Erschienen im Februar 2007

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Begrüßung und Einleitung	
Dr. Peter Struck, MdB Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	5
Nachhaltige Politik zur Verbesserung der Lebensqualität	
Ulrich Kelber, MdB stv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	6
Wirkungsvolle Konzepte entwickeln	
Waltraud Wolff, MdB Agrarpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion	9
Politik für die ländlichen Räume	
Dr. Till Backhaus, MdL Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern	11
Diskussionspapier	15
Workshop 1:	
Lust auf Landleben Moderation: Holger Ortel, MdB	21
Workshop 2:	
Chancen für Arbeit und Wertschöpfung Moderation: Dr. Gerhard Botz, MdB.....	23
Workshop 3:	
Stellenwert der Landwirtschaft für die Gesellschaft - Spielräume nutzen und gestalten - Moderation: Dr. med. vet. Wilhelm Priesmeier, MdB	25
Ausblick	29
Impressionen	31

Begrüßung und Einleitung

Dr. Peter Struck, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Politik für die Menschen in ländlichen Räumen steht vor großen Herausforderungen. Zwei Drittel der Menschen leben in ländlichen Gebieten. Mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik wird dort erbracht. Aber die demografische Entwicklung, knapper werdende öffentliche Finanzmittel, veränderte Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft und auch die Abwanderung junger Menschen - hier vor allem junger Frauen - macht eine Auseinandersetzung mit den zukünftigen Entwicklungspfaden in ländlichen Räumen dringend erforderlich. Wir nehmen die Herausforderung an und laden Sie zur Diskussion ein. Dabei sollen auf dieser Konferenz folgende Themenschwerpunkte beleuchtet werden:



Dr. Peter Struck, MdB

1. Welche infrastrukturelle Grundversorgung ist für das Leben in ländlichen Räumen unverzichtbar? Was brauchen die Menschen vor Ort zur Stärkung der regionalen Bezüge und ihrer Identität?
2. Die Landwirtschaft und die ihr vor- und nachgelagerten Bereiche sind für die ländlichen Räume nach wie vor von großer Bedeutung. Die ländlichen Räume sind auf Dauer jedoch nur wettbewerbs- und lebensfähig, wenn zusätzliche oder komplementäre Einkommensquellen erschlossen werden. Wie kann eine aktive Politik für die ländlichen Räume dafür Sorge tragen, dass gesellschaftliche Wertschöpfung auch außerhalb der Ballungsräume stattfindet.
3. Wie kann Agrarpolitik und Politik für die ländlichen Räume die o.g. Aspekte stärker einbinden und Perspektiven für eine integrierte Politik entwickeln, die über die derzeitige Ausgestaltung der ersten und der zweiten Säule hinausweisen? Denn Planungssicherheit heißt, rechtzeitig zu definieren, wie es künftig weiter gehen soll.

Die gestellten Fragen werden uns dabei helfen, die richtigen Antworten und Konzepte zu entwickeln, damit wir unserer Verantwortung für die ländlichen Räume gerecht werden.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Konferenz viel Erfolg!

Nachhaltige Politik zur Verbesserung der Lebensqualität

Ulrich Kelber, MdB stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ haben wir als Titel unserer Konferenz gewählt. Der in diesem Titel enthaltene Anspruch und die damit verbundene Ankündigung soll nicht nur unsere Tagespolitik im Europaparlament, dem Deutschen Bundestag, den Landes- und Kommunalparlamenten prägen. Wir wollen dies auch als Teil unserer Grundsatzprogrammdiskussion verstanden wissen.

Die ländlichen Räume in Deutschland werden jetzt bereits seit Jahrzehnten marginalisiert. Die meisten Dörfer sind zu Schlafstätten verkommen, die besser ausgebildeten jungen Menschen zieht es in die Städte. Profitiert haben von dieser Entwicklung nur die Speckgürtel rund um die Ballungsräume und auch deren Position ist bei einer schrumpfenden Bevölkerungszahl hoch gefährdet. Denn der demographische Wandel in Deutschland droht die Marginalisierung der ländlichen Räume noch zu beschleunigen, wenn z. B. Infrastruktur etc. wegen schrumpfender Bevölkerungszahlen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.



Ulrich Kelber, MdB

Die Politik muss also neue Wege gehen und neue Möglichkeiten konsequent nutzen, die sich aus technischen und gesellschaftlichen Innovationen ergeben. Wer eine gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch eine nachhaltige Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum fördern.

Die Mehrzahl der Menschen im ländlichen Raum arbeitet längst nicht mehr in der Landwirtschaft, ist aber enger als andere mit dieser verbunden. Es liegt an der SPD, Politik so zu gestalten, dass wir von einer reinen Landwirtschaftspolitik zu einer integrierten „Politik für die ländlichen Räume“ kommen. Die SPD kann dabei auf politische Erfolge aufbauen, z. B. bei der Konversionspolitik in ländlichen Räumen, die früher maßgeblich durch militärische Einrichtungen geprägt waren. Diese Ansätze und Erfolgsrezepte gilt es strategisch auszubauen.

Ziel einer Politik für die ländlichen Räume besteht in der wirtschaftlichen Stärkung dieser Gebiete, der Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und der Bewahrung der Kulturlandschaft. Also kurz gesagt, Politik für die ländlichen Räume hat die Lebensqualität der Menschen in diesen Gebieten zum Ziel.

Sowohl die Menschen in den Ballungsgebieten als auch viele Menschen in den ländlichen Räumen, einschließlich vieler Landwirte, haben Vorbehalte gegen die heutige Landwirtschaftspolitik wegen der vielen Sonderregelungen, Ausnahmen und Subventionstatbestände. Dadurch

ist auf Dauer die Finanzierung einer Politik für die ländlichen Räume insgesamt massiv gefährdet, weil die Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung stellvertretend für die ländlichen Räume steht. Am besten begegnet man diesen Vorbehalten durch eine schrittweise Beendigung der Sonderrolle der Landwirtschaftspolitik und durch uneingeschränkte Transparenz. Dies gilt sowohl für die Sonderrechte, aber eben auch für die Sonderlasten der Landwirtschaft, z. B. in den sozialen Sicherungssystemen der Landwirtschaft, die aus meiner Sicht in die „normalen“ sozialen Sicherungssysteme integriert werden sollten.

Nicht die undifferenzierte Förderung der Landwirtschaft, sondern die gezielte Unterstützung für mehr Arbeit auf dem Lande und eine konkrete Entlohnung der Leistungen der Landwirtschaft z. B. für Umwelt und Kulturlandschaft ist unser Ziel. Nur konkrete Leistungen für die Gesellschaft rechtfertigen auch längerfristig den Einsatz von Steuermitteln. Wer diese Leistungen erbringt, hat umgekehrt allerdings auch einen Anspruch auf diese Geldmittel; es ist dann ein Gehalt und keine Subvention.

Die demographische Veränderung in Deutschland ist der größte Katalysator für den Strukturwandel im ländlichen Raum. In allen Politikbereichen muss diese Herausforderung angenommen und zu einer integrierten Politik für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Ich schlage daher innerhalb der Bundesregierung einen „Rat für die ländlichen Räume“ vor, der die entsprechenden Ressortplanungen koordiniert.

Zu oft sind die Verbände und Vereinigungen des ländlichen Raums in der Gegnerschaft zu einer nachhaltigen Politik zu finden. Dabei wird gerade eine Nachhaltigkeitsstrategie zu einer Renaissance der ländlichen Räume führen, weil sie über höhere Qualitätsanforderungen und neue Dienstleistungen eine größere Wertschöpfungstiefe dort ermöglicht und die Rolle der ländlichen Räume bei der Energie- und Rohstoffversorgung stärken wird.

Politik für die ländlichen Räume sollte also Vorreiter einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Dazu gehört die Aufgabe der sinnlosen „1:1-Mentalität“, also der Forderung, EU-Vorgaben nur im höchsterforderlichen Maße in Deutschland umzusetzen. Nein, im Gegenteil, wir wollen Vorreiter im Naturschutz, dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit, dem Gesundheitsschutz, dem Verbraucherschutz etc. sein, dies ist unser Faustpfand im Wettbewerb.

Deswegen sollen die Steuerzahler den ländlichen Raum unterstützen und die Verbraucher in Deutschland und anderen Ländern unsere Produkte kaufen, wenn sie Qualität und dauerhafte Produktsicherheit wünschen. Wir dürfen uns nicht ins Mittelmaß begeben.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie gehört die Transparenz bei den Agrar-Subventionen, Transparenz über die Wirtschaftsform aus der die Produkte stammen, Transparenz über die regionale Herkunft und natürlich über den direkten oder indirekten Einsatz von Gentechnik.

Wir wollen nicht darauf warten, ob andere Länder und Wirtschaftsbranchen die gleiche Art von Transparenz zeigen, wir wollen Vorreiter sein, Vertrauen aufbauen, Verständnis ernten und einen Wettbewerbsvorteil dadurch haben. Mögen doch die Mineralölfirmen sich über Veröffentlichungen über die Förderbedingungen ihrer Ware fürchten. Politik für die ländlichen Räume sollte Qualitätszertifikate für den Anbau von Energiepflanzen und deren Verarbeitung einfördern, damit eben umweltverträglich in Deutschland angebaute Energiepflanzen nicht mit solchen Pflanzen aus Raubbau-Gebieten konkurrieren müssen und wir die Wertschöpfung in

Deutschland und anderen Ländern erhöhen. Lassen Sie uns zu einer solchen Vorwärtsstrategie greifen, statt der Wagenburgmentalität mancher Lobbyisten zu folgen.

Zum Einsatz für eine Nachhaltigkeits-Strategie gehört auch, dass wir selbstverständlich als Gesellschaft und als Politik keine Neutralität in der Frage haben dürfen, wie groß der Anteil von Ökolandbau, „multifunktionaler Landwirtschaft“ und „industriartigem Landbau“ sein soll. Wir wollen einen größtmöglichen Anteil der beiden ersten Säulen, weil wir nur so den steigenden Markt bedienen können, die Kulturlandschaft erhalten, gute Lebensqualität schaffen und letztlich so auch mehr Arbeitsplätze schaffen können als in einer Landwirtschaft, die einseitig auf Massengüter setzt.

Deswegen sollten wir erneut verstärkt Werbung für diese Wirtschaftsformen, Umstellungsberatungen und -förderung geben. Dazu gehört auch, dass wir die gentechnikfreie Landwirtschaft fördern wollen, nach meiner Meinung übrigens neben einem strikten nationalen Gentechnikrecht auch durch den Einsatz für die Schaffung von EU-Recht, das den Gebietskörperschaften die verbindliche Einrichtung von gentechnikfreien Zonen ermöglicht.

Zwei noch relativ junge wirtschaftliche Entwicklungen sind es, die besondere Chancen für die ländlichen Räume schaffen: Die Veränderungen in der Energieversorgung und die Fortschritte in der Informationstechnologie. Wer die Entwicklung der ländlichen Räume ernst nimmt, muss die Einführung erneuerbarer Energien in Deutschland noch beschleunigen: Durch eine Stärkung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes inklusive eines entsprechenden Umbaus der bestehenden Stromnetze, der Einführung eines Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes und einer Optimierung der Einführung von Biokraftstoffen. Die Wertschöpfungspotenziale für die ländlichen Räume durch Anbau, Verarbeitung, Verwendung der erneuerbaren Energien und Rohstoffe sowie die damit verbundenen Dienstleistungen sind enorm.

Die Fortschritte in der Informationstechnologie sind zugleich Chance und Risiko für die ländlichen Räume. Chance, weil sie Dienstleistung und Standort voneinander entkoppeln. Risiko, weil die ländlichen Räume aus wirtschaftlichen Gründen bei der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur derzeit leicht vernachlässigt werden.

Es ist klar, dass der ländliche Raum bei leitungsgebundenen Breitbandinfrastrukturen nicht mit den Ballungsgebieten mithalten können. Desto mehr müssen die ländlichen Räume bei der Entwicklung der kabellosen Breitbandtechnologien unterstützt werden.

Insbesondere muss bei Vergabe entsprechender Lizenzen die Schließung von Versorgungslücken im ländlichen Raum Vorrang vor dem Erzielen möglichst großer Ersteigerungserlöse für die Lizenzen haben. Entsprechende Lizenzvergaben stehen kurz bevor, die SPD hat bereits erste Verbesserungen für die Anforderungen der ländlichen Räume in den Vergabebedingungen erreichen können.

Wir wollen heute von Ihnen lernen, Ihre Meinung erfahren und Interesse an unseren Positionen wecken.

Ich freue mich auf einen lebhaften Verlauf der Veranstaltung.

Wirkungsvolle Konzepte entwickeln

Waltraud Wolff, MdB

Agrarpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie hier alle so zahlreich bei unserer Konferenz „Verantwortung für die ländlichen Räume“ begrüßen zu dürfen. Wir wollen mit Ihnen die Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Räume - und zwar von den verschiedensten Seiten her - beleuchten. Ob Verkehrs-, Bildungs-, Familien-, oder auch Agrarpolitik, die Bundespolitik nimmt über die verschiedensten Bereiche auf die ländlichen Räume Einfluss – und diese Tatsache gilt es in Zukunft bewusster zu beeinflussen.



Waltraud Wolff, MdB

Immer wichtiger wird - und das gilt für die bundespolitischen Mittelzuweisungen genauso wie für die der Länder und Kommunen - dass Fördermaßnahmen miteinander verzahnt werden; dazu kommt, dass die Akteure vor Ort genügend Spielraum für einen flexiblen, sinnvollen Einsatz der Mittel erhalten.

Ein sehr wichtiges und ganz neues Kapitel in der Förderung der ländlichen Räume wird ab 2007 die Umsetzung der Europäischen Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raums – die ELER-Verordnung – sein. Mit ihr ist die Diskussion über die zukünftige Mittelausgestaltung der Agrarpolitik entbrannt. Es ist augenscheinlich, dass die finanziellen Zuwendungen für die Entwicklungskonzepte der ländlichen Räume recht gering ausgefallen sind und dass damit auch eine Mittelkonkurrenz zu den Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe unübersehbar ist. Dazu kommt, dass die Situation der Betriebe sehr uneinheitlich ist. Längst nicht alle Landwirte sind auch die wirklichen Gewinner, wenn es bei der jetzt vorgeschlagenen Mittelverteilung zwischen der ersten Säule für die Direktzahlungen und der zweiten Säule für die Entwicklung der ländlichen Räume bleibt.

Gerade die recht finanzstarken Regionen der Republik sind in der Lage, eine ganze Reihe von Projekten co zu finanzieren und könnten somit landwirtschaftliche Betriebe, die sich beispielsweise an Umweltmaßnahmen beteiligen wollen, unterstützen. Berechnungen besagen, dass einige Betriebe bei einer weiteren Umschichtung durch Modulation sogar besser fahren würden als beim jetzigen Modell.

In anderen Regionen ist das aber längst nicht so. Gerade in strukturschwächeren Gebieten war es schon in der Vergangenheit sehr schwer, Mittel für Entwicklungskonzepte bereitzustellen. Gerade hier würde daher eine Kürzung der Direktbeihilfen sehr schmerzhaft finanzielle Verluste für die betroffene Region bedeuten. Trotzdem gilt es zu überlegen, wie eine sinnvolle Mittelverteilung in Zukunft aussehen kann. Welche Änderungen bedeuten die globalisierten Märkte für Europa, spätestens nach 2013?

Für die Zukunft sehe ich nicht, dass die europäischen Mittel für den Agrarbereich auf ewig in der jetzigen Höhe bleiben.

Gerade auch im Wissen um die globalen Märkte und der immer knapper werdenden Mittel war die Agrarreform eine wichtige, vorausschauende Entscheidung. Mit der Ausrichtung am Markt ist es heute besser möglich viel stärker auf alternative Einkommensquellen zu bauen. Diese Reform unter Rot-Grün war lange umstritten, aber wir haben sie umgesetzt und wissen heute, dass sie ein richtiger Schritt war.

Ich bin daher ganz sicher:

Wir haben gute Aussichten auch zukünftig Bildung, Infrastrukturmaßnahmen oder soziale und kulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum so zu unterstützen, dass langfristig ihre Attraktivität gesteigert wird – wir müssen es nur politisch entscheiden!

Wir Politikerinnen und Politiker vom Bund bis zu den Kommunen müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und die Weichen so stellen, damit die ländlichen Räume eine wirtschaftliche Stärkung erfahren, die Lebensqualität deutlich verbessert wird und es die Menschen wieder mehr auf dem Lande hält.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Politik für die ländlichen Räume

Dr. Till Backhaus, MdL

**Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Mecklenburg-Vorpommern**

Sozialdemokratische Leitlinien

Ländliche Räume sind mit ihren Funktionen als Lebens-, Arbeits- und Naturraum auch in Zukunft unverzichtbare Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung und der Daseinsvorsorge in unserem Land. Das Leitbild zukunftsfähige ländliche Räume ist Teil des sozialdemokratischen Gesellschaftskonzepts für das 21. Jahrhundert. Unsere Strategie als linke Volkspartei setzt dabei auf lebendige ländliche Räume mit einer multifunktionalen, wettbewerbsfähigen und vielfältig strukturierten Landwirtschaft.

„Viele Menschen“, heißt es in den Leitsätzen auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD „erleben Unsicherheit oder den dauerhaften Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Unser Ziel ist die Teilhabe aller Menschen am sozialen und kulturellen Leben unserer Gesellschaft.“



Dr. Till Backhaus, MdL

Auf dieser Linie haben wir uns in den Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition dafür ausgesprochen, in eine umfassende gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume einzutreten. Ziel ist es, einen auf die zukünftigen Herausforderungen gerichteten Rahmen für die ländliche Entwicklung zu schaffen, der, aufbauend auf den bereits auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen, bessere nationale Bedingungen für eine integrierte ländliche Entwicklung schafft.

Die demographische Entwicklung führt zur Polarisierung im Raum

Die demographische Entwicklung führt zu einer Polarisierung im Raum. „In dem einen Raumtyp werden sich die politischen Akteure in Fortsetzung bisheriger Erfahrungen mit der Bewältigung des Wachstums von Bevölkerung und Wirtschaft auseinandersetzen, in dem anderen Raumtyp mit der entgegengesetzten Entwicklung. Der politisch-gesellschaftliche Umgang mit einer anhaltenden Schrumpfung in großen Teilen des Staatsgebiets wird dabei zu einer zentralen Herausforderung.“ (Heinrich Becker, FAL Braunschweig)

Die Bevölkerungsprognosen zeigen einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands, Südniedersachsens, Nordhessens, des Sauerlandes, aber langfristig auch in Saarland/Rheinland-Pfalz. Die bereits jetzt schon niedrige Bevölkerungsdichte in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg wird mit erheblichen Konsequenzen für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur weiter abnehmen.

Ob bis zum Jahre 2050 „Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in beträchtlichen Teilen von der Zivilisation zurück an die Natur fallen“, wie Frank Schirrmacher glaubt, will ich einmal mit einem kräftigen Fragezeichen versehen. Aber die Herausforderung für die Politik ist auf allen Ebenen, der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen groß.

Bilanz des Erreichten in den ländlichen Räumen Mecklenburg- Vorpommerns

Seit 1990 ist die Entwicklung der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 1 Mrd. Euro an Fördermitteln unterstützt worden. In den Bereichen ländlicher Wegebau, Dorferneuerung und Flurneuordnung sind dadurch ca. 2 Mrd. Euro an Investitionen ausgelöst worden.

Im Jahre 2005 wurden beispielsweise 290 Bewilligungen über das Agrarinvestitionsförderprogramm mit einem Umfang von 13 Mio. Euro ausgesprochen. Im Bereich der Marktstrukturverbesserung sind 29, 3 Mio. Euro Fördermittel in 35 Projekte mit einem Volumen von 84,3 Mio. Euro geflossen. Seit 1999 hat sich in unserem Land die Zahl der Biogasanlagen verzehnfacht; bis 2008 rechnen wir mit einer nochmaligen Vervierfachung.

Wir haben in den ländlichen Räumen die Effizienz der Verwaltungsstrukturen verbessert, z. B. 2005 durch Zusammenfassung verschiedener Ämter zum Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei oder 2006 durch Umwandlung der klassischen Landesforstverwaltung in eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Und wir haben viel getan, um die Schönheit und Vielfalt unserer ländlichen Regionen zu erhalten bzw. zu verbessern und so für den Tourismus noch attraktiver zu machen.

Wir haben mit einer gemeinsamen Studie „Das soziale und aktive Dorf“ der Hochschulen Rostock und Neubrandenburg und meines Ministeriums den Blick in die Zukunft gerichtet und konnten feststellen, dass es entscheidend auf die Akteure vor Ort, also die Bürgermeister, Vereine und Unternehmen ankommt; sie bestimmen ganz entscheidend Richtung und Tempo der Entwicklungen in den Dörfern und Regionen unseres Landes.

Die landwirtschaftlichen Innovationspotentiale ausschöpfen

Gerade in den dünn besiedelten Gebieten ist und bleibt eine multifunktionale, wettbewerbsfähige Landwirtschaft wesentlicher Kernbereich, der Grundstock für die wirtschaftliche Entwicklung ist, die Kulturlandschaft gestaltet und Innovationen trägt.

Innovative Bereiche sind:

- die Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln höchster Qualität,
- die Erzeugung und Vermarktung nachwachsender Rohstoffe vor allem zur Energiegewinnung,
- die Erschließung weiterer Beschäftigungsmärkte wie Landtourismus und Direktvermarktung,
- Dienstleistungen zur Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft.

Im Jahre 2005 hat Bioenergie in Mecklenburg-Vorpommern bereits 10 % des Primärenergiebedarfs abgedeckt (in Deutschland insgesamt ca. 3 %). 2007 soll ein Sechstel der zu diesem Zeitpunkt für Deutschland kalkulierten Jahresproduktion an Biodiesel in unserem Bundesland erzeugt werden. Die Nutzung der erneuerbaren Energien wird im Komplex weiter vorangetrieben.

Multifunktionale Nutzung der ländlichen Räume

Landwirtschaft allein trägt keine nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen. Wichtig und unverzichtbar sind mittelständische Unternehmen, die in den Bereichen Gewerbe, Handwerk, Tourismus und Telekommunikation Arbeitsplätze schaffen und auch jungen, gut ausgebildeten Menschen Chancen eröffnen.

Unsere ländlichen Räume verfügen über ein hohes Zukunftspotential, z.B.

- die kostengünstige und bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Boden,
- eine gute und optimierbare Infrastruktur,
- qualifizierte Arbeitskräfte,
- eine hohe Lebensqualität in natürlicher Umgebung,
- leistungsfähige Verwaltungsstrukturen.

Die Nutzung dieses Zukunftspotentials erfordert eine neue integrierte ländliche Entwicklungspolitik, die über sektorbezogene Ansätze weit hinausgeht.

Anpassungen in der EU- Förderperiode 2007 – 2013

Für die Förderperiode 2007-2013 sind die wesentlichen Eckpfeiler gesetzt, ein grundsätzliches Umsteuern ist im Zuge des mid-term-review möglich und erforderlich.

Die deutsche Politik sollte besonders auf Folgendes hinwirken:

- Die Entkoppelung der Direktzahlungen sollte EU-weit durchgesetzt werden, eine Teilentkoppelung ist mit den Prinzipien des Binnenmarktes nicht vereinbar und führt zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen.
- Umschichtungen von der 1. in die 2. Säule sind eher akzeptabel, wenn es zwischen den Mitgliedstaaten gleiche Ausgangsbedingungen gibt.
- Cross Compliance sollte auf das notwendige Maß beschränkt, eine Aufblähung bürokratischer Regelungs- und Kontrollmechanismen sollte vermieden werden. Es sollte der Versuchung widerstanden werden, den Finanztransfer an die Bauern mit immer neuen Umweltauflagen zu begründen.
- Die Zweite Säule sollte gestärkt und an Kernzielen „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ und „Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen“ ausgerichtet werden. Der Charakter der Investitionsförderung ist grundsätzlich zu überdenken. Mittel sollten ver-

stärkt für Innovationen, Umweltschutz und soziokulturelle Maßnahmen sowie verstärkt auch für kleine und mittlere Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft eingesetzt werden. Die bisherige konsumtive Förderung über flächenbezogene Maßnahmen sollte zurückgefahren werden.

Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Die Gemeinschaftsaufgabe darf aktuell im Zuge der Haushaltskonsolidierung nicht zum Steinbruch werden. Der maximale Fördersatz muss mindestens 65 % betragen - und zwar in Ost und West. Die Länder tragen selbst dafür Sorge, inwieweit die Anwendung des maximalen Fördersatzes bei einer konkreten Maßnahme angewendet wird. Grundsatz sollte sein: lieber weniger, dafür aber „vernünftige“ Maßnahmen richtig unterstützen.

Wir müssen in den nächsten Monaten eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft der Agrarpolitik führen. So will Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer im Rahmen der Entbürokratisierungskampagne das Landwirtschaftsgesetz von 1955 ersatzlos abschaffen, um sich damit der Pflicht zur jährlichen Vorlage des Agrarberichts zu entziehen. Das ist interessant, sollte jedoch grundsätzlich und in größerem Zusammenhang, z. B. in Verbindung mit der künftigen Durchführung und Finanzierung der ländlichen Entwicklungspolitik, diskutiert werden.

Folgende Optionen stehen hier vor allem zur Diskussion:

1. Ländliche Entwicklungspolitik mit neuen Schwerpunkten und integrativen Ansätzen in einer neu zu gestaltenden Gemeinschaftsaufgabe.
2. Ländliche Entwicklungspolitik außerhalb einer Gemeinschaftsaufgabe bei veränderter Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern.

Als zuständiger Minister eines ländlich geprägten, finanzschwachen Landes trete ich für die erste Option ein, weil ich glaube, dass wir uns sonst immer weiter von dem grundgesetzlichen Auftrag der Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse in Deutschland entfernen würden.

Diskussionspapier

1. Einführung

Verantwortungsvolle Politik muss den Menschen dienen. Die Menschen in den ländlichen Regionen unseres Landes haben wie die Bewohner von Ballungsgebieten ein Recht auf gleichwertige Lebensbedingungen unabhängig von ihrem Alter, egal wo und in welchem Wirtschaftssektor sie tätig sind. Ein ländlicher Raum mit hoher Lebensqualität ist das Ziel unserer sozialdemokratischen Politik. Etwa 85 Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland sind landwirtschaftliche Nutzfläche oder Wald, vier von zehn Einwohnern leben in Städten und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Dies verdeutlicht die Bedeutung, die allen Urbanisierungstendenzen zum Trotz, die ländlich geprägten Räume für unser Land haben.

Politik für die ländlichen Räume reicht weiter als die klassische Agrarpolitik. Gefragt ist eine Politik, die eine integrierte ländliche Entwicklung unterstützt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es auch abseits der Ballungsräume eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung und eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur gibt. Auch auf dem Lande müssen die Menschen gut und gerne leben können.

Die ländlichen Räume in unserem Land erleben seit Jahrzehnten strukturelle Veränderungen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft nimmt vielerorts weiter ab, alternative Arbeitsplätze entstehen jedoch nicht überall in ausreichendem Maße. Die Folgen stellen die ländlichen Räume vor große Herausforderungen. Ländliche Räume sind heterogen: Es gibt strukturschwache Problemregionen wie auch prosperierende Gebiete. Alle dienen jedoch unserem Land in vielerlei Hinsicht: Neben der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und anderen Rohprodukten sind hier die ökologische Funktion, die Funktion als Standortreserve und jene als Wohn- oder Erholungsraum für die in den Städten arbeitenden Menschen zu nennen.

Nur mit leistungsfähigen ländlichen Räumen ist unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft – Politik für die ländlichen Räume ist Politik für das ganze Land.

2. Lust auf Landleben: Identität und Lebensqualität

Die Zukunft ländlicher Räume wird entscheidend davon abhängen, ob in ihnen Lebensqualität und Attraktivität erhalten und weiter ausgebaut werden kann. Ländliche Räume sind in ihrer Ausprägung sehr unterschiedlich. Durch die geografische Lage, die Anbindung an die Infrastruktur großer Städte oder an Ballungsräume ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten ihrer Entwicklung.

Sie besitzen ihre eigenen Stärken und bieten eine andere, nicht immer geringere sondern oft auch höhere Lebensqualität als Ballungsgebiete. Aus- und Weiterbildung, Kultur, Sport und andere Freizeitgestaltungen stehen in ländlichen Räumen vor besonderen Herausforderungen. Eine ungünstige demografische Entwicklung und fehlende Arbeitsplätze, die eine verstärkte Abwanderung vor allem junger, qualifizierter Menschen, insbesondere Frauen, zur Folge haben, führen im Verbund mit knapper werdenden öffentlichen Finanzmitteln zu einer Verschärfung der strukturellen Probleme, insbesondere in den stark ländlich geprägten Räumen.

Die langfristige Finanzierbarkeit einer infrastrukturellen Grundversorgung der Bewohner von dünn besiedelten ländlichen Räumen wird damit immer stärker in Frage gestellt.

Lebensqualität ist ohne funktionierende Infrastrukturen nicht denkbar. Medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, Verkehrsanbindung und Angebot von öffentlichen Verkehrsmitteln, Teilhabe an Informations- und Telekommunikationstechniken, Öffentliche Verwaltung und Nahversorgung und die Verlässlichkeit dieser Angebote sind von essentieller Bedeutung für die Menschen in ländlichen Räumen. Schwellenwerte für die infrastrukturelle Ausstattung ländlicher Räume mit unterschiedlichen Bevölkerungsdichten müssen definiert werden.

Zur Lebensqualität gehört auch mit zu entscheiden, wie die vorhandenen öffentlichen Mittel vor Ort effizient und kreativ eingesetzt werden. Durch dezentrale Strukturen werden die Menschen stärker in demokratische Entscheidungen eingebunden. Ein stärkeres Engagement jedes Einzelnen für sein Lebensumfeld ist besonders in Zeiten knapper werdender Mittel geradezu Voraussetzung. Die Entwicklungen der letzten Jahre, die durch die Möglichkeiten des Regionalmanagements entstanden sind, machen deutlich, dass die Kreativität unserer Bevölkerung genutzt werden kann und muss.

Denn in Zeiten der Globalisierung wächst das Bedürfnis der Menschen nach regionalen Bezügen und Identität. Dies ist ein gesellschaftliches Phänomen und betrifft nicht allein die Menschen in ländlichen Räumen.

Die Lust auf Landleben wird nicht nur durch die Erhaltung der ökonomischen Strukturen, sondern auch durch die Erhaltung der Multifunktionalität und kulturelle Identität ländlicher Räume gefördert. Die Vielfalt an Angeboten und Mitwirkungsmöglichkeiten tragen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung vorhandener Strukturen bei, die sich sehr positiv auf die Wertschöpfung in der Region auswirken.

3. Chancen für Arbeit und Wertschöpfung

Die eigentliche agrarische Produktion trägt lediglich ein Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland bei. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landwirtschaft im Zusammenspiel mit den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen nach wie vor von eminenter Bedeutung nicht nur für die ländlichen Räume ist. Es ist davon auszugehen, dass bundesweit zehn bis zwölf Prozent der Arbeitsplätze unmittelbar oder mittelbar von der Produktion des Agrarsektors abhängen. Dies ist lediglich ein Durchschnittswert – in verschiedenen Regionen ist die Bedeutung für die lokale Wertschöpfung, die örtlichen Arbeitsmärkte und die Binnen- nachfrage deutlich höher zu veranschlagen.

Die Wertschöpfungskette ist als untrennbare Einheit zu betrachten. Um sie umfassend zu stärken, bedarf es eines wirtschafts- und ordnungspolitischen Instrumentariums, das über die klassischen Werkzeuge der Agrarpolitik hinausreicht.

Die Produktion von Lebensmitteln in Deutschland ist kein Selbstzweck. Die Inlandsproduktion gewährleistet, dass die Menschen auf sichere und gesunde Lebensmittel „Made in Germany“ vertrauen können, die nach international sehr hohen Standards produziert werden.

Neben der Erzeugung von Agrarprodukten nehmen Landwirte wichtige gesellschaftlich gewollte oder gar notwendige Aufgaben wahr. So halten sie unsere in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft als Erholungsraum intakt und können dazu beitragen, die ökologische Vielfalt von Flora und Fauna zu gewährleisten.

Derartige gesellschaftliche Ansprüche sind nicht alle gesetzlich verordnet, vielfach bestehen sie unausgesprochen und abstrakt.

Die von den Landwirten erzeugten „public goods“ werden meist weder gezielt eingefordert noch honoriert. Eine wirksame Artikulation und Präzisierung der Anforderungen der Allgemeinheit an die Landwirte und ein hieraus sich entwickelnder Markt für Dienstleistungen durch die Landwirtschaft sind daher notwendig. Dies kann sich nur dezentral entwickeln. Es sollte dabei das Prinzip der Subsidiarität gelten, alle Akteure sind auf den jeweiligen Ebenen in die Entscheidungs- und Handlungsprozesse zu integrieren.

Landwirtschaft kann in vielen Regionen auf Dauer nur erfolgreich betrieben werden, wenn zu den bisherigen Einkommen zusätzliche oder komplementäre Einkommensquellen erschlossen werden. Auch diese ziehen Arbeits- und Ausbildungsplätze in den jeweiligen vor- und nachgelagerten Bereichen nach sich.

Eine wesentliche Bedeutung kommt hierbei der Förderung der Energiegewinnung und der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen für energetische und stoffliche Zwecke zu. Der Landwirt der Zukunft wird auch ein Energiewirt sein. Es kommt allerdings darauf an, die weitere Entwicklung so zu gestalten, dass die Landwirtschaft und die ländliche Räume nicht zurückgeworfen werden auf die Rolle vom bloßen Rohstoffproduzenten und dass die Förderung nicht zu neuen Abhängigkeiten von staatlichen Subventionen führt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe gibt bereits jetzt wesentliche Impulse für den innovativen deutschen Anlagenbau und schafft Arbeitsplätze. Zudem wird hierdurch mit der zunehmenden Unabhängigkeit Deutschlands von den globalen Energiemärkten eine weitere gesamtgesellschaftliche Zielsetzung verfolgt.

Direktvermarktung und ökologische Produktion können für viele landwirtschaftliche Betriebe einen Weg zu höherer Wertschöpfung darstellen. Ausbaufähig sind in vielen Regionen eigene touristische Angebote der Betriebe, wie auch Kooperationen mit anderen Unternehmen im Bereich des ländlichen Tourismus. So ist es zum Beispiel dem ökologischen Landbau vielerorts gut gelungen, die besonderen Qualitäten seiner Produkte herauszustellen, die Vermarktung dementsprechend zu organisieren und mit anderen Angeboten zu verbinden. Für viele Käufer-schichten bzw. Besucher aus städtischen Ballungsräumen ist er damit attraktiv geworden. Regionale Kreisläufe wurden gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.

Ausweitung von Wertschöpfungsketten und Diversifizierung von Einkommen landwirtschaftlicher Unternehmen sind keine neuen Strategien, sondern seit langem bereits Bestandteil der ländlichen Entwicklungspolitik. Sie müssen fortgesetzt und intensiviert werden.

Allein durch Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit der Landwirtschaft können die strukturellen Probleme ländlicher Räume jedoch nicht gelöst werden.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden dort das Rückgrat der Wirtschaft. Eine aktive Politik für sie ist von herausragender Bedeutung für eine Förderung der Gebiete abseits der Städte und Ballungszentren. Hier muss angesetzt werden, um der Erosion von Wertschöpfung und Arbeit in strukturschwachen ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Eine ausreichende Versorgung mit einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur bildet dafür die Voraussetzung und kann neue Impulse geben. So müssen im Zeitalter schneller Datenübertragung zahlreiche Dienstleistungen nicht dort erbracht, wo sie nachgefragt werden. Dies bietet Chancen für periphere Regionen.

4. Stellenwert der Landwirtschaft für die Gesellschaft

Spielräume nutzen und gestalten

Die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume wird auch davon abhängen, wie sich die landwirtschaftlichen Unternehmen auf die gesellschaftlichen Anforderungen einstellen. Die Belange der Verbraucher, des Umwelt- und des Tierschutzes werden in der gesellschaftlichen Diskussion weiter an Bedeutung gewinnen und die agrarpolitischen Entscheidungen beeinflussen.

Die 2003 beschlossene und 2005 umgesetzte Agrarreform der Europäischen Union hat die 1. Säule der europäischen Agrarpolitik grundlegend modernisiert und dem Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz eine größere Bedeutung beigemessen. Die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion erweitert die einzelbetrieblichen Spielräume und fordert marktorientierte Entscheidungen über die künftige Produktionsausrichtung. Sie wird dazu führen, dass sich Landnutzung und Viehhaltung sowie die betrieblichen Strukturen erheblich ändern.

Gleichzeitig setzt die europäische Union auf die Entwicklung des ländlichen Raums. Mit der Verordnung zur "Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums" (ELER-VO), der Verabschiedung der strategischen Leitlinien und - darauf aufbauend - den nationalen Strategieplänen für die ländliche Entwicklung werden nationale und regionale Schwerpunkte für die Entwicklung des ländlichen Raums definiert. Ausdrückliches Ziel der Politik für den ländlichen Raum ist es, die Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung in ein Gesamtkonzept zu integrieren und mit Maßnahmen anderer Politikbereiche zu verzahnen.

Die ELER-VO schreibt erstmals einen dreistufigen Planungsprozess vor. Der nationale Strategieplan ist dabei das Bindeglied zwischen den strategischen Leitlinien der EU und den Entwicklungsprogrammen der Bundesländer. Deutschland wird die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als nationale Rahmenregelung gemäß der ELER-VO vorlegen. Die GAK ist das zentrale Instrument der nationalen Agrarstrukturpolitik und umfasst in großen Teilen den Anwendungsbereich der ELER-VO. Für eine Mitfinanzierung aus dem ELER kommen GAK-Maßnahmen, wie Verbesserung der ländlichen Strukturen, Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen, nachhaltige Landbewirtschaftung, Forsten und Küstenschutz, in Betracht. Diesen großen Aufgaben steht allerdings ein drastisch gekürzter EU-Finanzrahmen gegenüber.

Durch die Verabschiedung des Finanzrahmens bis 2013 besteht sowohl für die 1. wie auch für die 2. Säule der Agrarpolitik eine relative Planungssicherheit:

Während jedoch die Mittel für die 1. Säule weitgehend stabil bleiben sollen, wird für die Förderung der ländlichen Entwicklung erheblich weniger Geld zur Verfügung stehen. Die Mittelkürzungen der 2. Säule werden heftig kritisiert. Die Kritik sollte ernst genommen und diskutiert werden, denn von einem sinnvollen Förderkonzept wird auch die künftige Entwicklung der ländlichen Räume abhängen. Planungssicherheit heißt deshalb auch, rechtzeitig zu definieren, wie es nach 2013 weitergehen soll. Planungssicherheit heißt, den Umstieg so zu gestalten, dass Brüche vermieden werden. Gerade weil für die Zeit nach 2013 kaum jemand davon ausgeht, dass die bisherige Agrarpolitik fortgesetzt werden kann, sollten die nationalen Spielräume für die Entwicklung der ländlichen Räume genutzt werden. Das heißt: Umschichtung von Mitteln in die 2. Säule für den ländlichen Raum und strikte Konzentration der Maßnahmen für eine nachhaltige, integrierte Entwicklung.

Dabei kann das Ziel der EU-Agrarpolitik, die Stärkung der ländlichen Räume, nur erreicht werden, wenn sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene Lösungsansätze für eine ganzheitlich abgestimmte Entwicklung ländlicher Räume erarbeitet werden. Planungssicherheit ist mehr als eine Investitionssicherheit für Gebäude und Maschinen landwirtschaftlicher Unternehmen. Die Entscheidung von Menschen im ländlichen Raum zu leben, hängt in hohem Maße davon ab, ob Arbeit und Einkommen, Lebensqualität und Perspektiven für die nachkommenden Generationen langfristig erhalten und gestärkt werden.

Workshop 1:

Lust auf Landleben

Moderation: Holger Ortel, MdB

Zusammenfassung der Ergebnisse vor dem Plenum durch Prof. Dr. Gerhard Henkel (Universität Duisburg-Essen)

Die Arbeitsgruppe bestand aus einem relativ jungen Teilnehmerfeld, das aus unterschiedlichen Regionen und Institutionen bzw. Berufen stammte und daher ein breites Spektrum an Sichtweisen und Erfahrungen einbrachte:

1. Dörfliche und ländliche Lebensstile oder Lebensstilkomponenten?

Trotz aller Angleichungsprozesse zwischen Stadt und Land sind bestimmte Lebensstile auf dem Land verbreiteter als in Großstädten:

- Traditions-, natur- und handlungsorientierte Lebensstile, Familie, Haus, Garten, Nachbarschaft, Vereinsleben, Ehrenamt;
- komplexe Ökonomie mit „formellem“ Wirtschaften im handwerklichen und landwirtschaftlichen Bereich und „informellem“ Wirtschaften in Form von Nachbarschaftshilfe in seinen vielen Netzwerken, Tauschgeschäften und „sozialem Kapital“; Wichtiger Beitrag zum Wohlfühlen;
- die Wahrnehmung der Neu- und Altdörfler ist unterschiedlich, neben einer Verklärung der ländlichen Idylle gibt es einen Identitätsverlust vor allem stadtnaher Dörfer.



Holger Ortel, MdB

2. Welche Bedeutung haben Infrastruktur und Arbeitsplätze für die Lebensqualität?

Der ländliche Raum ist Wohnraum für Menschen.

Vor allem jüngere Menschen (und insbesondere Frauen) verlassen das Land. Dies gilt vor allem für die neuen Länder, aber auch in den westlichen Bundesländern gibt es Regionen mit Abwanderungen. Dabei wurde insbesondere folgendes angemerkt:

- Geschlossene Schulen, Kindergärten, Gemeindeverwaltungen, Bahnstationen bedeuten Identitätsverlust und Lebensqualitätseinschränkung.
- Periphere Regionen sind besonders betroffen.

- Differenzierte Entwicklungen müssten zugelassen werden, gleichwertige Lebensbedingungen sind nicht unbedingt gleich.
- Die Förderpolitik müsse dezentral am Menschen orientiert ausgestaltet werden.
- Den Kommunen müssten mehr Spielräume gegeben werden.
- Vor allem junge Menschen bräuchten Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort, um Identität überhaupt entwickeln zu können.
- Der mögliche Kreislauf von Verlust an Infrastruktur und Arbeitsplätzen und Abwanderung müsse unterbunden werden.
- Trotzdem gibt es eine Diskrepanz zwischen Wohlfühlgefühl und der tatsächlichen Infrastruktur- und Arbeitsplatzsituation – Die Zufriedenheit im ländlichen Raum ist höher als in der Stadt.

3. Forderungen und Wünsche an die Politik

Mehr als bisher müssten Menschen gefragt und mitgenommen werden, z.B.

- bei der Hilfe zur Selbsthilfe, die vom Staat gefordert wurde;
- für dezentrale Bildungseinrichtungen und neue Lösungen für lokale Angebote;
- bei der Entwicklung möglicher Marken bzw. Marketingkonzepten.

Dezentralität und mehr Spielräume für Handlungsmöglichkeiten vor Ort sind notwendig. Fördergelder müssen lokalgerecht eingesetzt werden.

Um den Kreislauf von Verlust von Infrastruktur und Arbeitsplätzen und folgende Abwanderung einzudämmen, müssen die sog. Mittelzentren gestärkt werden. Daneben muss Umsiedlung voran getrieben werden.

Workshop 2:

„Chancen für Arbeit und Wertschöpfung“

Moderation: Dr. Gerhard Botz, MdB

**Zusammenfassung der Ergebnisse vor dem Plenum durch
Dr. Heinrich Becker (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft)**

Die Diskussion ergab zum Teil gegensätzliche Forderungen an die Politik aufgrund der unterschiedlichen Interessenslage der Teilnehmer.

1. Masterplan für ländliche Räume

- Chance zur besseren Koordinierung der zuständigen Ressorts und Effizienzsteigerung der laufenden Maßnahme.
- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht der Marginalisierung ländlicher Räume ebenso entgegen wie die Konzentration von Fördergeldern auf Ballungszentren.
- Politik für ländliche Räume ist mehr als reine Landwirtschaftspolitik.



Dr. Gerhard Botz, MdB

2. Förderung von Arbeit und Wertschöpfung

- Es sollten gezielt Arbeitsplätze auf dem Land gefördert werden und nicht undifferenziert die Landwirtschaft.
- Dezentrale Wertschöpfungschancen, konkrete Konzeptionen und eine Überarbeitung der gegenwärtigen Instrumente sei notwendig.
- Planungs- und Rechtssicherheit im Hinblick auf Standortvorgaben und administrative Bestimmungen werden gefordert.
- Förderperioden gehören auf den Prüfstand.
- Forschungsförderung im Agrar- und Umweltbereich, z.B.: in Bezug auf den Klimawandel, veränderte Essgewohnheiten und Flächenkonkurrenzen notwendig.
- Uneingeschränkte Transparenz der Fördermittelvergabe und Effizienzkontrollen werden angemahnt.
- Klare Zuständigkeiten zwischen den Ebenen EU, Bund, Land und Kommune.

- ELER-Mittel der 2. Säule sollten für die Bereiche Bildung, Einrichtungen der Daseinsvorsorge und ländliche Infrastruktur geöffnet werden; Schwerpunktsetzungen der Länder seien hier gefordert.

3. Optionen in einem attraktiven und persönlichen Lebensumfeld

- Attraktive Dorfkerne, Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im näheren Umfeld, Arbeitsplätze im Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungsbereich.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe aktivieren.
- Aus ehrenamtlichen Tätigkeiten Arbeitsplätze schaffen.



4. Wertschöpfungspotentiale nutzen

- Modernisierung und Flexibilisierung des Agrarmarketings
- Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe weiterentwickeln und trotzdem die Biodiversität in der Kulturlandschaft erhalten

Der Workshop war damit auch im Spiegelbild der aktuellen Lage, in der es von verschiedensten Seiten große Erwartungen an eine zukünftige Politik für ländliche Räume gibt.

Workshop 3:

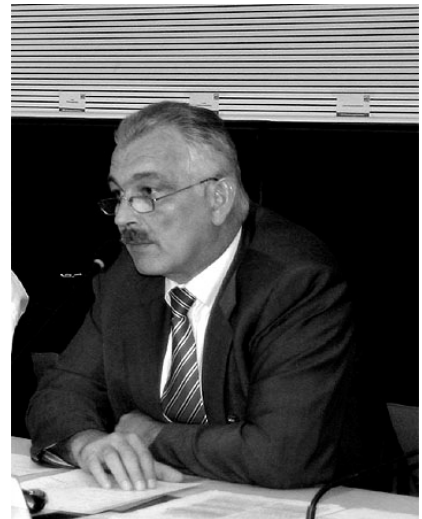
Stellenwert der Landwirtschaft für die Gesellschaft - Spielräume nutzen und gestalten -

Moderation: Dr. med. vet. Wilhelm Priesmeier, MdB

**Zusammenfassung der Ergebnisse vor
dem Plenum durch
Dr. Martin Wille, Staatssekretär a. D.**

In der Diskussion gab es etwa 20 Wortbeiträge zu sehr unterschiedlichen Fragestellungen des Workshop-Themas. Wenn ich die Beiträge in 6 Punkten bündele, ist mir bewusst, dass dies nicht ganz wertfrei erfolgen kann.

Eine Sache kann vorweg gestellt werden: Es wurde nämlich mehrfach der Wunsch geäußert, dass die SPD ihr Diskussionspapier „Unsere Verantwortung für ländliche Räume“ in wesentlichen Punkten konkreter fassen möge.



Dr. med. vet. Wilhelm Priesmeier, MdB

1. Zur 1. Säule der Agrarpolitik: Vertrauen und Planungssicherheit

Mehrere Wortbeiträge nahmen Bezug auf die Entscheidungen des Rates zur 1. Säule der Agrarpolitik mit einer klaren Tendenz, dass

- die bis 2013 beschlossene Finanzierung nicht in Frage gestellt werden solle;
- für die landwirtschaftlichen Betriebe Planungssicherheit und Vertrauen in die Politik von herausragender Bedeutung sei;
- von der Politik Ehrlichkeit gefragt sei und deshalb die SPD klipp und klar ihre Haltung zur 1. Säule darlegen solle;
- bereits jetzt Signale gegeben werden sollten, dass Unterstützung auch über 2013 hinaus erforderlich sei.

2. Zur 2. Säule der Agrarpolitik: stärken und zukunftsgerichtet ausgestalten

In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde die SPD gebeten, klar und eindeutig Position in Richtung Stärkung der 2. gegenüber der 1. Säule der EU-Agrarpolitik zu beziehen, und zwar müsse dies bereits in der laufenden Finanzperiode 2007-13 erfolgen. Folgende Fragen wurden dabei konkreter angesprochen:

- Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel durch Anwendung der freiwilligen Modulation und damit der Umschichtung von EU-Mitteln aus der 1. in die 2. Säule (wie bereits vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber gefordert);
- die Diskussion darüber sollte auch in Verbindung mit der Transparenz-Initiative der EU-Kommission und einer gerechteren Verteilung der EU-Finanzmittel (Obergrenzen, Sockelbeträge) geführt werden;
- die SPD sollte mit Blick auf die Halbzeitbewertung 2008/09 der Entscheidungen zur 1. und 2. Säule schnell mit der Diskussion über eine zukunftsgerichtete Ausrichtung der Agrar- und Strukturpolitik beginnen.

3. Leistungen der Landwirtschaft definieren und bewerten

In verschiedenen Beiträgen wurde auf die Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft hingewiesen und dass eine Entlohnung dieser Leistungen nur in und über die 2. Säule, also im Rahmen der Politik der ländlichen Entwicklung, erfolgen könne. Um eine solche Entlohnung dauerhaft abzusichern, sei es wünschenswert und notwendig, die Leistungen durch Kriterien klarer zu definieren und konkreter zu bewerten. In diesem Zusammenhang wurden beispielhaft erwähnt:

- die Umsetzung von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie;
- die Anforderungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt;
- die Begrenzung des Flächenverbrauchs;
- Möglichkeiten der Erstellung eines Leistungskatalogs.

4. Die Politik der integrierten ländlichen Entwicklung anders organisieren

In den meisten Diskussionsbeiträgen wurde der Politikansatz der integrierten ländlichen Entwicklung nachdrücklich befürwortet; in der politischen Praxis allerdings stellten einige Redner eine Reihe von Defiziten fest. Wenn Politik für den ländlichen Raum mehr sein wolle/solle als Landwirtschaftspolitik, dann müsse auch über organisatorische und institutionelle Anpassungen nachgedacht werden. Folgende Fragen wurden beispielhaft angesprochen:

- die landwirtschaftsbezogenen Aktivitäten stünden z.B. in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ noch zu stark im Vordergrund;
- differenzierte regionale Entwicklungen erforderten differenzierte Antworten und vernetzte Aktivitäten in den ländlichen Regionen;
- es habe den Anschein, dass die Ergebnisse der Föderalismusreform die Neuausrichtung der Politik für den ländlichen Raum in Richtung integrierter Entwicklungskonzepte eher hemmen denn erleichtern würden.

6. Zukunft des ländlichen Raumes mit subventionsfreier Landwirtschaft

Es wurde bedauert, dass über die Zukunft des ländlichen Raumes immer in Verbindung mit einer Fortsetzung der Subventionen für die Landwirtschaft gesprochen werde. Da langfristig auch andere Entwicklungen vorstellbar seien, sei der SPD zu empfehlen, auch über Konzepte und Strategien für den Fall einer „subventionsfreien“ Landwirtschaft und in Verbindung mit anderen Fragen (z. B. des Erbschaftsrechts, der Veräußerung von BVVG-Flächen oder der Regelung für Saisonarbeitskräfte) nachzudenken.

7. Forschung in der Politik der ländlichen Entwicklung nicht vergessen

In der Diskussion wurde vermisst, dass in den Papieren der SPD und im Workshop Fragen der Forschung völlig außen vor geblieben seien. Die SPD sei gut beraten, deutlich zu machen, dass für eine zukunftsgerichtete Politik der ländlichen Entwicklung die Forschung eine wichtige Komponente sei.

Ausblick

Der große Zuspruch auf unsere Veranstaltung zeigt die Aktualität des Themas. Wir werden den begonnenen Dialog fortsetzen, um Entwicklungskonzepte für eine integrierte Politik für die ländlichen Räume voranzubringen. Eines ist ganz deutlich geworden: Leben auf dem Lande bedeutet mehr als nur Landwirtschaft. Politik für ländliche Räume ist eine klassische Querschnittsaufgabe und erfordert Ziel führende Diskussionen hin zu einem integrativen Politikansatz.

Genau aus diesem Grunde brauchen wir ein funktionierendes Netzwerk. Unseren Vorschlag zur Einsetzung eines Rates für ländliche Räume auf Bundesebene werden wir deshalb weiter verfolgen.

Mit der EU-Agrarreform sind für die Landwirtschaft grundlegende Veränderungen in der Umsetzung. Mit dem mid-term-review 2008/2009 wird sich die Diskussion um eine Neuausrichtung beschleunigen.

Zusätzlich ist die EU-Transparenzinitiative ein gutes Instrument um nachzuvollziehen, wie Fördergelder innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft eingesetzt werden und wie effizient die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums sind. Die bestehenden Programme müssen inhaltlich überprüft werden. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutz“ (GAK) wurde geändert, um den Vorgaben der ELER-VO gerecht zu werden und die Programme der Länder werden entsprechend dem nationalen Strategieplan angepasst. Dabei können wir aber nicht stehen bleiben, das haben die Diskussionen auf der Konferenz gezeigt. Um eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu gewährleisten, ist zu prüfen, ob nicht weitreichendere Konzepte verfolgt werden müssen, die über den bisherigen Ziel- und Maßnahmenkatalog hinausreichen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität ländlicher Regionen müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

Im Hinblick auf eine integrierte Politik für den ländlichen Raum bleibt die Stärkung der 2. Säule ein wichtiges Ziel. Auch wenn dies auf der Konferenz naturgemäß kontrovers diskutiert worden ist, halten wir eine beschleunigte Umschichtung von Mitteln zugunsten der ländlichen Entwicklung für angezeigt und sehen in der freiwilligen Modulation dafür ein geeignetes Instrument.

Um die Attraktivität der ländlichen Regionen und das Leben auf dem Land lohnenswert gestalten zu können, müssen alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge einbezogen werden. Genannt seien hier besonders die Bereiche Gesundheit, Bildung, Dienstleistungen, technische Infrastruktur. Ländliche Räume dürfen nicht von der technologischen Entwicklung, wie z. B. der Nachrichtentechnologie, abgehängt werden, denn hier verbinden sich u. a. ideale Bedingungen für Arbeitsplätze im standortunabhängigen Dienstleistungsbereich. Wir halten es für dringend erforderlich, dass die Infrastruktur den Bedürfnissen der ländlichen Regionen zukünftig weiter angepasst werden muss. Das kann in manchen Regionen auch die Entwicklung von Konzepten zum Rückbau bedeuten.

Staatliche Rahmenbedingungen sind die eine Seite, bürgerschaftliches Engagement die andere. Letzteres trägt einen wesentlichen Anteil zum „Lebensgefühl“ der Menschen bei und sollte deshalb in Entwicklungskonzepten noch stärker Berücksichtigung finden und gezielt gefördert werden.

Fortschritt und Forschung sind eng mit einander verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass die Forschung zur Entwicklung der ländlichen Räume weiter verstärkt wird.

Bund, Länder und Kommunen müssen effektiver als bisher zu einer übergreifenden Arbeit zusammen finden.

